

BUND Naturschutz Schweinfurt, Fischerrain 63, 97421 Schweinfurt

Pressemitteilung

zu Artikel „Verbraucher zahlen für Strom, den es gar nicht gibt“ vom 12.12.2018 und dem Leserbrief von Reinhold Scheuring vom 17.12.2018 dazu.

Strom aus Windkraft und Photovoltaik hat gesetzlich Einspeisevorrang. Leider wird dieses Gesetz gelegentlich doch missachtet, weil der Gesetzgeber gepfuscht hat und nicht nachjustiert. In dem Artikel ist allgemein von „Netzausbau“ die Rede. Dies ist Verschleierungstaktik von Politikern und Bundesnetzagentur.

Die Stromnetze müssen ausgebaut und optimiert werden, teilweise sogar aus Alterungsgründen! Nach Aussagen von Fachleuten kann die Übertragungskapazität dadurch nahezu verdoppelt werden. Nicht zu vergessen: Wir haben bereits ein gut funktionierendes Stromnetz! Was bisher weder vom Gesetzgeber noch von der Bundesnetzagentur nachgewiesen wurde, ist allerdings die Notwendigkeit des geplanten Baus von Höchstspannungs-Gleichstrom-Übertragungstrassen (HGÜ) wie Südlink! Nur gegen diese HGÜ wendet sich der Protest der Trassengegner, wie kürzlich beim Besuch des Bundeswirtschaftsministers Altmaier. Es handelt sich dabei um „Stromautobahnen“ die z.B. von Wilster nach Bergheimfeld (ca. 800 km lang) ohne „Abfahrten“ führen sollen.

Was würde man wohl mit Planern machen, wenn eine richtige Autobahn auf dieser Länge keine Ab- und Auffahrten hätte?

Leider hat der ehemalige Leiter des Atomkraftwerks Grafenrheinfeld zu dem Artikel einen Leserbrief geschrieben, in dem er falsche Behauptungen aufstellt. Hier Richtigstellungen.

- Netzengpässe entstehen durch Missachtung des Einspeisevorrangs von Wind- und Sonnenstrom.
- Es gibt keine Subventionen bei Wind- und Sonnenstrom. Subventionen sind per se Steuergelder. Das ist so, als würde Scheuring behaupten, die Schweinfurter Industrie subventioniert ihre Mitarbeiter. Tatsächlich erhalten diese Lohn oder Gehalt für ihre geleistete Arbeit.
- Die Börsenstrompreise waren noch nie so niedrig wie aktuell. Das stärkt den Wirtschaftsstandort Deutschland.
- Die Stromausfälle in Deutschland waren in den letzten Jahren so niedrig wie nie zuvor (Versorgungssicherheit)
- Die Stromsperrungen liegen unter anderem an den ganz oder teilweise Befreiungen von Großverbrauchern bei EEG-Umlage und Netznutzungsgebühren.

Entsprechend falsch sind auch Scheurings Schlussfolgerungen.

Edo Günther
(1. Vorsitzender)

Erich Waldherr
(Referent für Energiefragen)